

„Wo wir herkamen wären wir schnell gestorben, hier sterben wir langsam.“

Vater von drei Kindern im SOFTEX-Lager in Griechenland

Für eine zügige Aufnahme Geflüchteter in Potsdam!

Die Situation für Flüchtende, die an den innereuropäischen Grenzen festsitzen, ist dramatisch und verschlimmert sich täglich. Vermeintlich selbstverständliche Menschenrechte finden hier keine Beachtung.

Angesichts der aktuellen Debatte über die Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa, die faktisch Populismus und Rassismus in der Gesellschaft fördert, ist es an der Zeit, erneut ein deutliches Signal der Menschlichkeit und Solidarität zu setzen. Wir rufen daher die Stadtverordneten auf, den Beschluss zu fassen, weitere Geflüchtete in Potsdam aufzunehmen!

Aktuelle Situation

Potsdam-Konvoi - Initiative für Solidarität mit Geflüchteten – unterstützt zusammen mit Freiwilligen aus der ganzen Welt flüchtende Menschen in Griechenland.

Etwa 61.000 Geflüchtete stecken laut offiziellen UNHCR-Daten allein in Griechenland fest. Knapp die Hälfte sind Kinder (Stand 31. Oktober 2016). Sie leben in meist vom Militär geführten, überfüllten Zeltlagern oder Fabrikhallen fern der Öffentlichkeit. Die Menschen müssen einen trostlosen Alltag mit mangelnder Hygiene, Krankheiten, schlechter medizinischer Versorgung, Kälte und Unsicherheit durchleben.

Wie lange sie dort bleiben müssen weiß niemand, denn allein die Registrierung ist ein Desaster. Vergangenheit und Gegenwart sind schrecklich und der Blick in die unbestimmte Zukunft perspektivlos. Denn seit der Schließung der Balkanroute im März 2016 kommen sie nicht weiter, warten oder begeben sich mithilfe von Schleuser*innen in die Illegalität.

Obdachlose Kinder- die Folgen der EU-Flüchtlingspolitik

Doch nicht nur in den offiziellen Militärcamps ist die Situation katastrophal. Für diejenigen, die sich aus Angst vor Internierung oder Abschiebung in den Parks und Straßen Thessalonikis verstecken, ist die Situation noch dramatischer. Sie kommen hauptsächlich aus Ländern wie Afghanistan oder dem Irak und sind von jeglicher staatlicher Versorgung ausgeschlossen. Eine legale Weiterreise ist schlichtweg unmöglich. So kommt es, dass Kinder über Monate in öffentlichen Parks schlafen, kranke und alte Menschen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung haben.

Allgemein anerkannte Menschenrechte sind durch die EU-Flüchtlingspolitik und nicht zuletzt durch den EU-Türkei-Deal faktisch außer Kraft gesetzt.

EU-Relocation Programm und die Umsetzung in Deutschland

Im September 2015 haben die EU-Staaten gemeinsam beschlossen bis Ende 2017 insgesamt 160.000 schutzbedürftige Personen aus Griechenland und Italien in anderen Mitgliedstaaten aufzunehmen. Deutschland hat daran einen Anteil von rund 27.500 Personen. Laut Europäischer Kommission hat Deutschland bisher aber nur knapp 1% dieses Ziels erreicht (Stand: 11.11.2016).

Doch selbst diese Vereinbarung ist völlig unzureichend und schließt die von Abschiebung bedrohten, oftmals obdachlosen Menschen von vornherein aus.

Die Randstaaten und besonders Griechenland als eines der ärmsten Länder Europas mit dieser sich verschlimmernden Situation allein zu lassen, ist verantwortungslos und ungerecht.

Aufnahmebereitschaft in europäischen Städten

In Spanien hat sich bereits auf kommunaler Ebene das Netzwerk „Städte der Zuflucht“ gebildet: Barcelona, Valencia, Madrid, Zaragoza u.a. haben ihrer Regierung eine klare Botschaft gesendet: Sie sind zur weiteren Aufnahme von Geflüchteten bereit.

In Deutschland zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab: In zehn anderen deutschen Städten fordern Bürger*innen ihre Stadtparlamente dazu auf Schutzsuchende aufzunehmen, um sich auf kommunaler Ebene im eigenen Verantwortungsbereich für Transitgeflüchtete einzusetzen und somit ein Signal an die Bundespolitik zu senden, Verantwortung zu übernehmen.

Chance für ein weltoffenes und tolerantes Potsdam

Die Stadt Potsdam, gemeinnützige Organisationen, Kirchengemeinden und unzählige Ehrenamtliche unterstützen die Ankommenden in einem Maß, wie es kaum jemand für möglich gehalten hätte. Wir sind uns sicher: Hier ist auch Platz für weitere schutzsuchende Menschen!

Als Bürger*innen von Potsdam möchten wir die Stadtverordneten dazu auffordern den Beschluss zu fassen, weitere Flüchtende, die an den innereuropäischen Grenzen festsitzen, in Potsdam aufzunehmen! Für Potsdam ist dies eine große politische, wirtschaftliche und nicht zuletzt humanitäre Chance, ein weiteres Mal

Toleranz und Weltoffenheit unter Beweis zu stellen. Bislang engagieren sich Initiativen in zehn Städten für eine Aufnahme. In Osnabrück und Marburg wurde der Beschluss bereits gefasst. Potsdam wäre die erste Stadt in den neuen Bundesländern, die durch die Bereitschaft zur Aufnahme ein deutliches Zeichen gegen rechts setzen würde.

Eile ist geboten, denn wie sollen die Menschen den Winter in den Zeltunterkünften überstehen? Die humanitäre Katastrophe ist nicht weit weg von uns, sondern nur weit weg aus unserem Bewusstsein.

Wir fordern die Stadtverordneten auf, eine zügige Aufnahme Geflüchteter, die an den innereuropäischen Grenzen festsitzen, sowie einen beschleunigten Familiennachzug nach Potsdam, zu beschließen.

Wir bitten die Stadtverordneten, im „Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person“ (*Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*) für einen Wandel in der EU-Flüchtlingspolitik einzutreten.